

FreiBrief aus Berlin

5/2015



Sehr geehrte Damen und Herren,

viele wichtige Themen, wie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in unserem Land oder die Energiewende, stehen derzeit in Berlin auf der Agenda. In der öffentlichen Berichterstattung überlagert werden diese Themen derzeit allerdings von den Flüchtlingsdramen im Mittelmeer. Sie machen die schwierige Situation deutlich, die die europäischen Staaten zum gemeinsamen Handeln zwingen. Der europäische Sondergipfel in der letzten Woche war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen den Schleusern endlich das Handwerk legen. Deutschland wird auf europäischer Ebene seinen Einfluss geltend machen, um gute Lösungen für die betroffenen Menschen zu erarbeiten.

Ein weiteres Thema ist der Kampf gegen Einbruchskriminalität. Alle vier Minuten wird in Deutschland eingebrochen – Tendenz steigend. Unsere Fraktion tritt beispielsweise dafür ein, Verschärfungen im Strafprozessrecht vorzunehmen, um das Eigentum der Menschen besser zu schützen. Daneben möchten wir die Polizei besser ausstatten sowie die Telefonüberwachung bei ebensolchen Delikten zulassen. Ich bin mir sicher, dass wir die von uns geforderten Rahmenbedingungen für die Aufklärungsarbeiten schnell im parlamentarischen Verfahren werden umsetzen können.

Herzlichst

INHALT

<i>Bericht aus Berlin</i>	1
<i>Aktuelles aus dem Wahlkreis</i>	4
<i>Herzlichen Glückwunsch an Karl Rombach</i>	5

www.thorsten-frei.de



Bericht aus Berlin

Flüchtlingsdrama im Mittelmeer: Hilfe darf keine Frage des Geldes sein. Die Schiffskatastrophen mit Flüchtlingen vor der libyschen Küste haben in den vergangenen Wochen einen neuen Höhepunkt erreicht. Teilweise sind auf einen Schlag 700 Menschen ertrunken, die eigentlich nur dem Schrecken von Krieg und Verfolgung im eigenen Land entfliehen wollten. Die vielen dramatischen Bilder rütteln auch hierzulande auf; berühren und bedrücken uns. Es ist nicht zuletzt eine Frage unserer christlichen Überzeugungen, dass wir den Tod so vieler Menschen nicht länger tatenlos hinnehmen dürfen. Wir müssen schnell handeln und unsere Hilfe darf nicht von der Kassenlage bestimmt werden. Um eine abgestimmte Linie zu finden und Sofortmaßnahmen zur Eindämmung der Unglücksfälle auf See, haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU in der vergangenen Woche zu einem Sondergipfel getroffen. Eines ist klar: Lösungen, die erst auf dem Mittelmeer ansetzen, werden keine nachhaltige Verbesserung bringen. Die Schiffsunfälle sind schließlich nur ein Symptom. Die Wurzel allen Übels liegt in der fehlenden Staatlichkeit in den Herkunftsregionen der flüchtenden Menschen, die zu uns nach Europa kommen wollen, um für sich und ihre Familien eine bessere Zukunft zu finden. Langfristig müssen sich die europäischen Staaten deshalb stärker dafür engagieren, um Krisen einzudämmen und den Verantwortlichen vor Ort bei der Verbesserung der Lebensumstände zu helfen, so dass die Menschen auch in Afrika eine echte Perspektive für die eigene Zukunft sehen. Diese Verantwortung müssen und werden wir uns gemeinsam mit unseren Partnern stellen. Als erstes geht es aber schlichtweg darum, Menschenleben zu retten. Deshalb werden die finanziellen Mittel für das Seenotrettungsprogramm mit sofortiger Wirkung verdreifacht. Und es werden sofort mehr Schiffe bereitgestellt. Deutschland wird bspw. eine Fregatte und ein Versorgungsschiff beisteuern. Ein weiterer wichtiger Ansatz ist, dass wir den skrupellosen Schleusern das Handwerk legen.

Wir werden ihre menschenverachtenden Geschäfte nicht länger tolerieren. Die EU-Partner haben deshalb beschlossen, die Aktivitäten der Schlepperbanden systematisch zu torpedieren. Wir wollen ihre Schiffe identifizieren, beschlagnahmen und zerstören, bevor sie erneut eingesetzt werden können. Dazu soll so schnell wie möglich eine EU-Militärmission an der libyschen Küste etabliert werden.

Göttinger Koalitionsklausur bringt wichtige Entscheidungen für Land und Leute

Bei einer gemeinsamen Tagung haben die Fraktionsspitzen von CDU, CSU und SPD einige wichtige Weichenstellungen für unsere Politik in den nächsten Monaten vorgenommen. Deutschlands Wirtschaft steht zwar gut da wie lange nicht und beschert uns ein Rekordniveau bei der Erwerbstätigkeit und sinkende Arbeitslosenzahlen. Aber eine gut funktionierende Wirtschaft braucht auch genügend Investitionen. Mit einem 10-Milliarden-Euro-Paket werden wir in diesem Bereich unübersehbare Akzente setzen. Dabei geht es besonders um die Hilfe für finanzschwache Kommunen. Ebenso die Rahmenbedingungen für private Investitionen werden weiter verbessert. Dafür werden bürokratische Hindernisse abgebaut, moderne Finanzierungsformen gefördert und Innovationen unterstützt. Von zentraler Bedeutung ist überdies das Generationenprojekt der Energiewende, für die in Göttingen die wesentlichen Eckpfeiler weiter umrissen und konkretisiert wurden. Daran anschließend werden wir uns als Fraktion weiter für Erhalt und Ausbau unserer Infrastruktur in all ihren Facetten einsetzen. Außerdem gab es den Beschluss den Innovationsstandort Deutschland weiter zu stärken. Konsens herrschte insbesondere beim Ziel, Schlüsselkompetenzen noch weitgehender zu fördern als bisher. Das betrifft vor allem die IT-Sicherheit, die Mikroelektronik, den Bereich der Sensorik, sowie die Maschinen- und Produktionssteuerung. Klar ist auch, dass Innovationen gute Rahmenbedingungen brauchen. Mit Blick auf die Neugründung von Unternehmen sollen effektive Starthilfen wie die

Gründungsfinanzierung und Möglichkeiten des Gründungscoachings aktiver als bisher beworben und gefördert werden. Besonders junge Unternehmen brauchen bessere Voraussetzungen, um zu wachsen. Außerdem wurde die Weiterführung der sogenannten Exzellenzinitiative – also die Förderung der Spitzenforschung an ausgewählten Hochschulen – beschlossen. Mindestens 4 Milliarden Euro werden dafür in den Jahren 2018 bis 2028 aufgewendet. Auch sollen mit einer Personaloffensive die Chancen und die Planbarkeit von Wissenschaftskarrieren verbessert werden. Außerdem wurde die im Koalitionsvertrag vereinbarte Verbesserung bei der Palliativmedizin konkretisiert. Schließlich hat unser Ziel unverändert Bestand, dass allen Menschen in Deutschland bei Bedarf eine hervorragende Hospiz- und Palliativversorgung zur Verfügung stehen soll. Dazu wird ein neuer Gesetzentwurf aus dem unionsgeführten Gesundheitsministerium die notwendigen Maßnahmen und Änderungen auf den Weg bringen. Wir lassen uns bei der weiteren Ausgestaltung von unserer Überzeugung leiten, dass in erster Linie eine umfangreiche ärztliche, pflegerische und psychosoziale Begleitung die richtige Antwort auf die Sorgen Schwerstkranker und Sterbender ist. Ein weiterer Göttinger Beschluss hilft Alleinerziehenden. Rund 20 Prozent aller Familien bestehen mittlerweile aus einer alleinerziehenden Mutter oder einem alleinerziehenden Vater und deren Kindern. Diese besondere Lebenssituation wird in Zukunft besser berücksichtigt, indem Alleinerziehende steuerlich stärker entlastet werden. Ihr Freibetrag wird von bislang 1.308 Euro um 600 Euro monatlich auf 1.908 Euro angehoben. Zudem soll es künftig, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, eine Staffelung nach der Kinderzahl erfolgen.

Regierungsbildung und Dialog mit Abgeordneten in Afghanistan im Visier

Zusammen mit Abgeordnetenkollegen der anderen Bundestagsfraktionen war ich Mitte April zu politischen Gesprächen in Afghanistan.



Neben den Beiträgen Deutschlands zur Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte in der nationalen Armee und Polizei sowie bei der zivilen Entwicklungszusammenarbeit war uns gerade auch der Dialog mit unseren afghanischen Abgeordnetenkollegen aus dem Ober- und Unterhaus wichtig. Schließlich kann sich der Staat nur gut entwickeln, wenn die politischen Rahmenbedingungen stimmen. Die Abgeordneten aus den beiden Kammern müssen jetzt konstruktiv zusammenarbeiten, um den notwendigen Versöhnungsprozess zu unterstützen und die wichtigsten Reformen für mehr Wirtschaftswachstum auf den Weg zu bringen. Wir sind gerade auch deshalb nach Afghanistan gereist, um den Parlamentariern zu berichten, wie Politik in Deutschland funktioniert, und um ihnen zu erklären, wie wichtig es für das Land und die Menschen ist, dass die grassierende Korruption mit aller Kraft bekämpft wird. Selbstverständlich waren für uns aber auch die deutschen Helfer vor Ort Anlaufstation und Gesprächspartner. Bei einem Mittagessen im Hauptquartier der „Resolute Support Mission“, an der auch 850 Bundeswehrsoldaten an der Ausbildung der afghanischen Armee teilnehmen, wurden die neuen Aufgaben, aber auch die Schwierigkeiten nach der Umgliederung der Mission von ISAF mit Kampfauftrag hin zu Resolute Support mit reiner Beratungsfunktion mit führenden Offizieren erörtert. Ergänzt wurde die deutsche Sichtweise auf das Land am Hindukusch durch ein Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der deutschen Polizeimission in Afghanistan sowie zahlreiche Gespräche mit Vertretern der verschiedenen zivilen Entwicklungshelfer. Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie werden in Pakistan thematisiert Ziel des zweiten

Teils meiner Südasienreise ist Pakistan gewesen. Einer der thematischen Schwerpunkte war unbestritten das auch hierzulande nach einigen schweren Unglücksfällen in der Region auf der Tagesordnung stehende Thema der Arbeitsbedingungen in den dortigen Textilfabriken, in denen gerade auch deutsche Discounter produzieren lassen. Um einen möglichst breiten und differenzierten Einblick in die Lage zu erhalten, führten wir sowohl in Islamabad als auch in Karachi, dem textilen Zentrum Pakistans, zahlreiche Gespräche mit Politikern, Repräsentanten der pakistanischen Textilindustrie, mit Belegschaftsvertretern und mit Menschenrechtsorganisationen.



Ganz besonders deutlich wurden die Probleme bei der Inaugenscheinnahme des Unglücksortes vom 11. September 2012, an dem bei einem Brand mehr als 250 Menschen qualvoll verbrannt oder erstickt sind. Erfreulicherweise standen auch Vertreter des damaligen Fabrikbetreibers und noch immer in der Branche tätigen Unternehmens Ali Enterprise und des deutschen Unternehmens KiK, das zum Unglückszeitpunkt in der Fabrik produzieren ließ, für ein Gespräch zur Verfügung. Nach den vielen ungeschminkten Eindrücken stand für mich fest, dass es einen stärkeren Ausgleich zwischen den Interessen in Asien und im Westen geben müsse, damit das Vertrauen der Menschen – egal ob als Arbeitnehmer oder auch als Verbraucher – gestärkt wird. Deshalb bin ich froh, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel das Thema auf den nächsten G-7-Gipfel gesetzt hat und Entwicklungshilfeminister Gerd Müller unentwegt daran arbeitet, dass sich die großen Produzenten der Textilindustrie zur Einhaltung von Standards verpflichten. Für mich gilt aber auch, dass die Initiative vor allem von den Unternehmen kommen müsse; zunächst den westlichen, aber auch den pakistanischen. Ein

verpflichtender Eingriff von Seiten der Politik, ist nur die zweitbeste Lösung, wenn alle anderen Bemühungen scheitern. Falls die Unternehmen weiter mauern, werden wir handeln müssen.

[Deutsche Hilfe sorgt in Afghanistan für messbare Fortschritte](#)

Nach meiner Rückkehr aus Südasien hatte ich im Rahmen einer Rede im Deutschen Bundestag unmittelbar die Gelegenheit meine Eindrücke aus Afghanistan zu schildern. Auf Verlangen der Fraktion die LINKE haben die Abgeordneten noch einmal eine Bilanz hinsichtlich des deutschen Engagements während des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr in den Jahren von 2001 bis 2014 gezogen. Nach meinem Urteil steht Afghanistan unverändert vor großen Problemen. Natürlich ist das Land trotz der riesigen internationalen Hilfe in den vergangenen zehn Jahren kein Musterstaat nach den uns bekannten Maßgaben geworden. Wie auch? Dafür war allein für die notwendigen Reformprozesse die Zeit viel zu kurz. Schließlich gehen die Vereinten Nationen davon aus, dass echte, sichtbare Fortschritte erst nach 15, 20, 30 Jahren oder gar längerer Zeit sichtbar werden. Dennoch sind die vielen bekannten Fakten und die vielen messbaren Fortschritte für mich ein unwiderlegbarer Beweis für eine positive Bilanz. Man denke nur an die Steigerung der Lebenserwartung, die Halbierung der Säuglings- und Müttersterblichkeit seit 2001, den flächendeckenden Zugang zu Grundbildung – gerade auch für Frauen und Mädchen – oder die Tatsache, dass die Infrastruktur im Bereich Verkehr oder Gesundheit so gut wie nie zuvor in der afghanischen Geschichte ist sowie die erworbenen Fähigkeiten und gewachsenen Strukturen der afghanischen Sicherheitskräfte. Jetzt gilt es für uns, dass wir unseren afghanischen Partnern auch künftig beratend zur Seite stehen, so dass aus dem bisher Erreichten ein sich selbst tragender Prozess der afghanischen Gesamtgesellschaft werden kann. Meine Rede können Sie wie gewohnt auf meiner [Homepage](#) abrufen.

Aktuelles aus dem Wahlkreis

Mitgliederversammlung des katholischen Wohlfahrtsverbandes SKM

Gerne folgte ich der Einladung zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung des SKM Schwarzwald-Baar im Altenheim St. Lioba in Villingen-Schwenningen. Der katholische, caritative Fachverband bietet seit vielen Jahren Menschen in Not- oder Konfliktsituationen Beratung und Hilfe an. Der Kreisverband ist hauptsächlich in der Jugend- und Familienhilfe, der Hilfe für wohnungslose, straffällige, überschuldete Menschen und Bewohner sozialer Brennpunkte und vor allem der rechtlichen Betreuung tätig. Nach der Ehrung verdienter Mitglieder, gab ich den Anwesenden einen ausführlichen Einblick in die aktuellen Entwicklungen im Betreuungsrecht, stellte die wesentlichen Inhalte vor und benannte die Auswirkungen der Reform auf die Arbeit der SKM. Ich machte deutlich, dass das Ziel ein möglichst gut funktionierendes Betreuungsrecht bei möglichst hohem Maß an Selbstbestimmung ist. Ob das klappt, wird 2015 in Abstimmung zwischen dem Bundesjustizministerium und den Koalitionsfraktionen in zwei Studien eingehend überprüft werden. Wichtig ist mir, dass ältere und pflegebedürftige Menschen ihren Alltag selbstständig und selbstbestimmt in der eigenen Wohnung weitgehend ohne fremde Hilfe bewältigen können. Nur so können sie soweit wie möglich am gesellschaftlichen Leben teilhaben.



Abschließend machte ich auf die zahlreichen Herausforderungen des demografischen Wandels aufmerksam. Zum Einen erläuterte ich den aktuellen Stand der Verhandlungen in der Koalition zur „Flexirente“, also den flexibleren Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand,

zum Anderen die 2-stufigen Pflegereform mit der ganz zentralen Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und der Ausweitung von 3 auf 5 Pflegestufen.

Gespräch mit dem japanischen Generalkonsul Hidenao Yanagi im Rathaus Donaueschingen

Auf meine Einladung hin besuchte der japanische Generalkonsul Hidenao Yanagi Donaueschingen. Die Stadt ist seit vielen Jahren einer der Aktivposten im Deutsch-Japanischen Freundschaftsverhältnis. Im Mittelpunkt unserer Gespräche im Rathaus standen neben der deutsch-japanischen Freundschaft auch die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder. Ich nutzte den Termin, um dem japanischen Vertreter in Süddeutschland die sehr erfolgreiche Wirtschaftsregion Schwarzwald-Baar-Heuberg näher zu bringen, da der Generalkonsul in München seit vergangenem Jahr für die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg zuständig ist. In einem ausführlichen Gespräch thematisierten wir die gemeinsamen Interessen und Herausforderungen der beiden Länder. Schließlich haben Deutschland und Japan dieselben Herausforderungen des demografischen und ökonomischen Wandels zu bewältigen. Ich drückte gegenüber meinem Gast aus, dass Japan mit dem übliche Renteneintrittsalter von 67 Jahren bei Frauen und sogar 69 bei Männern in vielerlei Hinsicht einen Schritt weiter ist, während wir uns mit einer abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren eher zurück bewegt haben. Im anschließenden Pressegespräch hoben Oberbürgermeister Erik Pauly und Vertreter der Donaueschinger Deutsch-Japanischen Gesellschaft (DJG), die dieses Jahr ihr 20jähriges Jubiläum begeht, besonders den langjährigen Dialog zweier Kulturen hervor. Als eine der sieben in Baden-Württemberg organisierten DJG's veranstalten die Mitglieder und Freunde seit vielen Jahren Ausstellungen, Informationsveranstaltungen und Schüleraustauschprogramme und verdeutlichen damit die besonders enge Verbundenheit der Partnerstädte Donaueschingen und Kaminoyama. Ich freue mich, dass diese

Freundschaft und Verbundenheit zweier Städte seit nunmehr zwanzig Jahren besteht und alle räumlichen Hindernisse spielend überwindet. Zum Abschluss trug sich Herr Generalkonsul Hidenao Yanagi ins Goldene Buch der Stadt Donaueschingen ein.



Unternehmensbesuch der Firma PM DM mit dem japanischen Generalkonsul Hidenao Yanagi in Villingen-Schwenningen

Der japanische Generalkonsul Hidenao Yanagi und ich besuchten die Firma Precision Motors Deutsche Minebea GmbH (PM DM), ein 100 prozentiges Tochterunternehmen des japanischen Konzerns Minebea Co. LTD. PM DM ist seit über 20 Jahren Spezialist für moderne Antriebssysteme in der IT-Technik und das einzige Entwicklungszentrum für HDD-Festplattenmotoren in Europa. Mit mehr als 250 Mitarbeitern werden binnen kurzer Zeit optimale Antriebslösungen für die Industrie und erste Prototypen und Muster geplant, entwickelt und ausgeliefert. Die bürstenlosen Gleichstrommotoren der Firma PM DM treiben nahezu wartungsfrei Modelleisenbahnen, Power-Tools im Premium-Segment und Transport- oder Sortiereinrichtungen an. Dabei findet die Teilefertigung, Montage, Analyse und Qualifizierung vollständig am Standort Villingen-Schwenningen statt. Darüber hinaus hat sich PM DM mit der Entwicklung von nachhaltiger und moderner Premiumtechnologie in der Energietechnik und Robotik ein zweites Standbein aufgebaut. Bei

einem Rundgang durch das Unternehmen beeindruckte Generalkonsul Hidenao Yanagi und mich besonders der Geschäftsbereich der „Energy Harvester Systeme“, die Strom durch Vibrationen, Druck oder Wärme produzieren. Genutzt wird diese nachhaltige Technologie beispielsweise in einem batterielosen Heizkörperventil. Aus meiner Sicht steht dieser neue Geschäftsbereich sinnbildlich für die Zukunftsfähigkeit und Innovationskraft unserer stark mittelständisch geprägten Gewinnerregion.



Herzlichen Glückwunsch an Karl Rombach

Bei der Nominierungsversammlung zur Landtagswahl für den Wahlkreis Vilingen-Schwenningen ist Karl Rombach erneut von den Parteimitgliedern zum Landtagskandidaten ernannt worden. Hierfür möchte ich ihm herzlich gratulieren und wünsche ihm alles Gute und viel Erfolg für die kommenden Monate. Gemeinsam mit den Parteimitgliedern möchte auch ich meinen Beitrag dazu leisten, dass Karl Rombach ein starkes Ergebnis bei der Landtagswahl am 13. März 2016 erhalten wird.



Thorsten Frei MdB

Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
Internet: www.thorsten-frei.de
facebook: www.facebook.de/ThorstenFreiCDU